

---

## Abschlussbericht TP 01-09

### **Titel / Thema des Transferprojekts**

Integrative Tageseinrichtungen für Kinder als Schlüssel zur gleichberechtigten Teilhabe

### **Ansprechpartner**

Jun. Prof. Dr. Timm Albers; Dipl. Heilpäd. Svenja Bruck  
Abteilung Allgemeine und Integrative Behindertenpädagogik  
Institut für Sonderpädagogik, Philosophische Fakultät, Universität Hannover  
Schloßwender Str.1, 30159 Hannover  
0511/762-17388; Sekretariat 0511/762-17377; Fax 0511/762-17408

### **Beteiligte Projektleiter Leibniz Universität Hannover:**

Prof. Dr. phil. Tanja Jungmann; Juniorprofessorin für Sonderpädagogische Psychologie,  
Institut für Sonderpädagogik  
Prof. Dr. phil. Bettina Lindmeier; Professorin für Allgemeine und Integrative  
Behindertenpädagogik, Institut für Sonderpädagogik

### **Beteiligte Projektleiter lagE e.V.:**

Dipl. Soziologin Heide Tremel, Geschäftsführung; Dipl.-Sozialwissenschaftlerin Stefanie  
Lüpke: Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Nds./HB e.V., Maschstr. 30, 30169  
Hannover; [info@elterninitiativen-nds-hb.de](mailto:info@elterninitiativen-nds-hb.de)

### **Beteiligte Projektleiter vnb e.V.:**

Renate Ernst, Geschäftsstellenleiterin; Ilse-ter-Meer-Weg 6, 30449 Hannover

**Laufzeit:** zwei Jahre, 01.02.2009 bis 31.01.2011

### **Projektdokumentation im Internet:**

- <http://www.ifs.phil.uni-hannover.de/kindertageseinrichtungen.html>
- <http://nifbe.de/pages/das-institut/regionale-netzwerke/mitte/projekte/integrative-tages-einrichtungen-fuer-kinder.php>

## 1. Ziele des Projekts

Ziel unseres Projektes war die Bestandsaufnahme der integrativen Praxis in hannoverschen Elterninitiativen und die Identifizierung von entwicklungsförderlichen Rahmenbedingungen für die gemeinsame Bildung und Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Tageseinrichtungen für Kinder. Besonders wichtig war es uns, die pädagogische, die institutionelle und die elterliche Perspektive auf die Entwicklung der Kinder einzubeziehen. Darüber hinaus war es zentrales Anliegen des Projektes, Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Praxis herzustellen, um für beide Seiten die Sichtweise und den Zugang zur integrativen Arbeit in Kindertageseinrichtungen zu erweitern.

Die zentralen Projektziele waren zusammenfassend also

- I. die Identifizierung von entwicklungsförderlichen Rahmenbedingungen für die gemeinsame Bildung und Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Tageseinrichtungen für Kinder
- II. Aussagen zu Fördermöglichkeiten in unterschiedlichen Betreuungsformen

Folgende Forschungsfragen standen dabei im Mittelpunkt:

- Wie sind die verschiedenen Betreuungsangebote in den Settings konzipiert?
- Wie sieht die konkrete Ausgestaltung der integrativen Betreuungsangebote in den unterschiedlichen Settings aus (strukturelle Rahmenbedingungen, pädagogisches Konzept und dessen Umsetzung/Umsetzbarkeit)?
- Wie entwickeln sich Kinder mit einer Behinderung in den unterschiedlichen Settings und wie wird die Entwicklung von den pädagogischen Fachkräften und primären Bezugspersonen wahrgenommen?
- In welcher Weise müsste sich die integrative Erziehung, Bildung und Betreuung aus Sicht von Fachleuten und Eltern weiterentwickeln?

Es wurden 25 ausführliche Interviews in elf Einrichtungen (zwei Krippen, sieben Kindergärten, zwei Horte) mit Eltern von Kindern mit Behinderung, mit therapeutischen Fachkräften und mit den jeweiligen Heilpädagog/innen geführt. In diesen qualitativen Interviews wurden Eltern und Fachkräfte zu ihren Erfahrungen mit der Integration in Kindertageseinrichtungen befragt. Alle Zitate in diesem Projektbericht stammen aus den Interviews, die in diesem Projekt geführt wurden.

Die Auswahl der Forschungsmethoden basierte auf der Annahme, dass integrative Prozesse auf verschiedenen Ebenen stattfinden (vgl. Kron 2006):

- auf der subjektiven, innerpsychischen Ebene (Bewusstsein bei allen Beteiligten)
- auf der interaktionellen Ebene (zwischen allen Beteiligten)
- auf der institutionellen Ebene (in den verschiedenen Institutionen)
- auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene (Öffentlichkeit, Politik, Gesetze).

## 2. Projektverlauf

Bezogen auf die im Projektbereich formulierten zentralen Projektziele kamen wir zu folgenden Ergebnissen, die jeweils durch Ausschnitte aus den Interviews und Gruppendiskussionen illustriert werden (kursiv gedruckt):

### I. Rahmenbedingungen

Eltern, die sich für ihr Kind eine integrative Kita und/oder Schule wünschen, müssen sich durch ein Dickicht bürokratischer und rechtlicher Hindernisse kämpfen. Die gemeinsame Erziehung, Bildung und Betreuung ist nicht die Regel, sondern die Ausnahme, die besonders beantragt, gefördert und begutachtet und zum Teil eingeklagt werden muss. Das Leben der Eltern von Kindern mit Behinderung ist auch geprägt von einem Gefühl des „Kämpfen Müssens“.

In der Bundesrepublik Deutschland ist für alle Menschen mit Behinderung auf allen gesetzlichen Ebenen das Recht auf Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und ein Benachteiligungsverbot verankert. Die geltenden rechtlichen Grundlagen sprechen eindeutig für eine integrative Tagesbetreuung von Kindern mit Behinderung bzw. von Behinderung bedrohten Kindern. Eine Alterseinschränkung dieses Rechtes gibt es nicht.

Unterschiedliche Zuständigkeiten verführen dazu, dass sich die verschiedenen Behörden gegenseitig die Kosten für die Betreuung, Bildung und Erziehung und für die Eingliederungshilfen zuweisen.

*„Weil das klar ist, dass man mit Paul da nicht einfach so durchkommt, ohne mal irgendwann geklagt zu haben.“ (Mutter)*

In den Sozialgesetzbüchern SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe), SGB IX (Rehabilitationsgesetz) und SGB XII (Sozialhilfe) sind die Rechtsansprüche von Kindern mit Behinderung geregelt:

- Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ist es die Aufgabe der Jugendhilfe, Angebote zur Förderung aller Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege vorzuhalten.

- Nach dem Sozialgesetzbuch IX ist es die Aufgabe der Sozialhilfe, über Eingliederungsmaßnahmen Kindern mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die Aufteilung dieser Aufgaben auf unterschiedliche Gesetzesbücher, auf unterschiedliche Landesministerien und auf der örtlichen Ebene auf die Jugend-, Sozial- und Gesundheitsämter und die Schulämter können zu einem Zuständigkeitsdschungel führen, der die Umsetzung einer gemeinsamen Erziehung erschwert und tendenziell sogar verhindert.

Grundsätzlich gibt es nach dem Niedersächsischen Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) eine Hinwirkungspflicht der öffentlichen Träger der Jugendhilfe, die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung nach Möglichkeit in ortsnahen Kindertagesstätten zu gewährleisten (§§ 3,6 und 13,2). <sup>1</sup>Die konkreten Rahmenbedingungen für die gemeinsame Erziehung in der Kita sind bisher folgendermaßen geregelt:

- Kindergarten: Die Rahmenbedingungen für teilstationäre Kindertagesstätten (2. DVO KiTaG) werden nur für die Altersgruppe der Kindergartenkinder verlässlich geregelt: Es werden eine erhöhte Landesfinanzhilfe für die Fachkräfte-Personalkosten, mehr Verfügungszeiten und eine zusätzliche heilpädagogische Fachkraft im Rahmen der Eingliederungshilfe gewährt.
- Für Krippen- wie für Hortplätze gilt die 2. DVO nicht und deshalb gibt es auch für Kinder unter 3 Jahren in Niedersachsen keine einzige Betriebserlaubnis für eine integrative Krippe oder altersübergreifende Gruppe und nur in sehr seltenen Ausnahmefällen wurde ein integrativer Hort genehmigt. Die für den Kindergartenbereich geregelte „Einzelintegration“ (wöchentlich 10 Stunden heilpädagogische Betreuung als teilstationäre Eingliederungshilfe) findet für Krippenkinder ebenfalls keine Anwendung, gefördert wird u.U. eine stundenweise begrenzte ambulante Eingliederungshilfe. In einigen Krabbelgruppen wurde und wird der Anspruch auf heilpädagogische Förderung in den Einrichtungen eingeklagt. Bis 2011 können sich Krippen an dem Modellprojekt zur Integration in Krippen beteiligen. Die integrativen Horte erfahren z.Zt. eine Duldung und somit Förderung von Seiten der Kommune.

In Hannover melden sich pro Integrationsplatz im Kindergarten fünf bis zehn Kinder mit einer Behinderung an. Die Familien, die keinen Platz bekommen, müssen entweder auf einen

---

<sup>1</sup> Beratend tätig sind das Nds. Kultusministerium, die Stadt Hannover, Mittendrin Hannover e.V. und für Elterninitiativen die Kinderladen-Initiative Hannover e.V..

sonderpädagogischen Platz ausweichen oder trotz des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz noch ein Jahr warten bis eventuell ein Platz für ihr Kind frei geworden ist. Die Förderung des Kindes muss dann weiter als Einzelförderung zu Hause stattfinden, ohne Teilhabemöglichkeiten in einer sozialen Gruppe.

1993 wurde in der Stadt Hannover das regionale Konzept zur Regelung der gemeinsamen Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung verabschiedet (mittlerweile heißt es „Regionale Vereinbarung“) und zweimal überarbeitet (1998 und 2009). 1998 gab es in Hannover sieben sonderpädagogische Kitas mit 188 Plätzen und 32 Plätze in dreizehn integrativ arbeitenden Kitas, davon acht Elterninitiativen. Mittlerweile gibt es acht integrativ arbeitende Elterninitiativen für Kinder unter drei Jahren und elf Elterninitiativen für Kinder von drei bis sechs Jahren, die Kinder mit Behinderungen aufnehmen, und zwei integrative Schülerläden.

Die Aufnahme von Kindern mit Behinderung scheitert weder am Kind noch an der Bereitschaft der Erzieher/innen. Wenn sie scheitert, dann scheitert sie an den Rahmenbedingungen. Der gemeinsamen Erziehung, Betreuung, Bildung von Kindern stehen seit langem keine fachlichen Einwände mehr entgegen, das Problem liegt beim fehlenden bildungspolitischen und damit finanzpolitischem Willen zur Umsetzung. Die Einrichtungen bekommen dies ganz deutlich bei der Platzvergabe zu spüren:

*„Ja, dass es immer so kompliziert ist, diese Integrationsplätze zu vergeben, weil der Mangel so groß und die Nachfrage immer so groß ist. (...) Also wenn wir sechs Plätze haben, dann haben wir da vielleicht 20 Leute auf der Warteliste und dann können nur sechs diese Plätze haben. Und die anderen (Kinder ohne besonderen Förderbedarf), da weißt du, die finden schon irgendwo anders einen Platz und die werden irgendwo eine gute Betreuung für ihr Kind finden in dem Stadtteil. Bei den I-Plätzen (= Integrationsplätze) weißt du, wenn du die wegschickst, dann haben sie eigentlich nix oder – es gibt wenig Alternativen.“*  
(Heilpädagogin)

Im Unterschied zu der auch im Krippenbereich schwierigen Situation aufgrund des Platzmangels belastet die Erzieherinnen in den integrativen Einrichtungen eine Absage noch stärker, weil die Zeit für eine individuelle Förderung des Kindes in der Kindergruppe vor der Schule immer kürzer wird und dem Kind gute Entwicklungschancen genommen werden.

*„Das ist einfach immer so furchtbar deprimierend. Die Familien haben so viel Hoffnung auf einen I-Platz und es gibt eben dann einen oder zwei im Jahr. Und dann hast du da sechs, sieben Familien und du musst fast alle wegschicken. Das ist wirklich schwierig, weil man da so schwer entscheiden kann, wer braucht es am dringendsten, welche Eltern oder welches Kind? Das fände ich leichter, wenn man weiß „Okay, wenn die nicht zu uns kommen, dann gehen sie in eine andere I-Gruppe.“* (Heilpädagogin)

Die Betriebserlaubnis für eine integrative Kindergartengruppe ermöglicht die Betreuung von zwei bis vier Kindern mit Behinderung. Einerseits wollen die Kitas alle Plätze besetzen, weil der Bedarf so hoch und das Angebot so begrenzt ist. Andererseits muss manchmal mit Blick auf die Gruppenkonstellation und die Belastbarkeit des Teams auch davon abgesehen werden. Die Entscheidung darüber kann sehr zwiespältig sein.

Eltern und Fachkräfte empfinden vor allem den Übergang vom Kindergarten in die Schule für Kinder mit Behinderungen als „Einbruch“: Die Kinder werden aus ihrer Umgebung, aus ihrer Gruppe herausgerissen und von ihren Bezugspersonen getrennt. Im Gegensatz zu den Regelkindern gehen sie oft ganz allein in eine neue Einrichtung.

Unter den jetzigen Rahmenbedingungen, gibt es Kinder bzw. Familien, die manchmal nicht in eine Kita „passen“:

*„Spontan würde mir einfallen: Sobald ich wüsste, das Kind würde zu häufig hinten über fallen. Weil wir vom Personal das nicht leisten könnten, in diesen Räumen nicht leisten könnten, weil dieses Kind vielleicht mehr Rückzug benötigt – in der Gruppe sein kann, aber mehr Rückzug benötigt als wir bieten könnten. Dann sind wir keine geeignete Gruppe für das Kind und dann müssten wir das auch so benennen.“* (Heilpädagogin)

Den Einrichtungen fehlt die Möglichkeit, sich flexibel den Bedürfnissen des Kindes anzupassen, z.B. die Gruppe zu verkleinern, weil das Kind Hörprobleme hat und die Gruppenlautstärke zu hoch ist, oder ein Kind aufzunehmen, das viel pflegerische Unterstützung braucht, die Räume der Einrichtung dies aber nicht möglich machen, Platz für ein Bett o.ä. fehlt, oder für ein Kind, das oft wegläuft, das Außengelände nicht abzusichern ist. Keine Einrichtung in unserem Projekt machte eine bestimmte Behinderung zum Ausschlusskriterium.

*„Ich hätte keine Vorstellung, was für ein Kind das sein könnte, ganz ehrlich nicht. Ich glaube, ich könnte es nicht daran festmachen, dass es bestimmte Behinderungsbilder gibt, die da ausgeschlossen werden, das gar nicht. Sondern das wäre immer von diesem Kind, von diesem ganz konkret, abhängig: Ist das machbar oder ist das nicht machbar. Es könnte ja auch sein, dass es nur derzeit nicht machbar ist, dass es vielleicht in einem halben Jahr machbar wäre. (...) Das vertreten wir auch im Konzept, dass es kein Kind gibt, das man grundsätzlich nicht aufnehmen könnte, sondern dass immer nur unser Rahmen daran schuld sein könnte, dass wir ein Kind nicht aufnehmen können.“* (Heilpädagogin)

Inklusion als Leitbild würde aber genau das bedeuten: Für jedes Kind ein passendes Angebot zu machen, die Hilfen zum Kind zu bringen. Dazu bedarf es flexibler Rahmenbedingungen, die bisher nicht zur Verfügung stehen. Und es bedarf gut ausgebildeter Fachkräfte, die einen aufmerksamen und professionellen Blick für die Bedürfnisse jeden einzelnen Kindes haben, Fachwissen, Vorstellungen und Ideen, wie man diesen gerecht werden kann.

## **II. Aussagen zu Fördermöglichkeiten**

Zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft gehört neben der sozialen Integration des Kindes auch die Beteiligung an Entscheidungsprozessen innerhalb der Einrichtung. Um dies zu ermöglichen, bieten sich zur Zusammenarbeit mit den Eltern zunächst thematische Elternabende an, damit alle beteiligten Eltern erfahren, wie man mit dem Thema Behinderung und Integration umgehen kann (siehe Kapitel Erziehungspartnerschaft). Damit sollen Verunsicherungen vermieden werden, die sich wiederum auf die Kinder übertragen und dann zu Störungen in der Interaktion in der Gleichaltrigengruppe führen können.

Integrative Einrichtungen müssen unterschiedliche Zugänge zum Thema finden, da die Eltern sehr verschieden damit umgehen, dass ihr Kind eine Behinderung hat. Dabei gibt es sowohl Eltern, die Probleme zeigen, über ihr Kind zu sprechen, als auch Eltern, denen es sehr wichtig ist, offensiv mit der Behinderung umzugehen, damit keine Missverständnisse und Vorurteile bei den anderen Eltern und Kindern entstehen. Auch die Gruppengröße spielt dabei eine Rolle: In kleinen Gruppen fällt es leichter, während der Elternabende auf jedes einzelne Kind einzugehen und Bedürfnisse und Ängste auszusprechen.

Integrative Einrichtungen entwickeln in diesem Zusammenhang eine Vielzahl an methodischen Möglichkeiten: So werden Fortschritte von allen Kindern auf der Grundlage von Bildungsdokumentationen aufgezeigt oder es werden Erlebnisse aus dem Alltag der Kinder erzählt. Eine wichtige Funktion der Elternabende besteht zudem darin, den Eltern Gelassenheit zu signalisieren. Viele Kinder haben durch Therapien und Freizeitangebote am Nachmittag bereits einen vollen Terminkalender, so dass es wichtig ist, Pausen im Alltag einzuplanen. Regelmäßige Elterngespräche sorgen für Transparenz und Kommunikation zwischen Eltern und pädagogischen Fachkräften. Für einen guten Austausch zwischen Mitarbeitern und Eltern müssen entsprechende Rahmenbedingungen, Zeit und Ruhe, geschaffen werden. Eltern sehen sich dabei häufig als „Übersetzer“ ihrer Kinder, da diese in vielen Fällen selbst nicht zu sprachlicher Kommunikation fähig sind.

Des Weiteren muss im Alltag die Möglichkeit geschaffen werden, kleine Vorfälle direkt mitzuteilen und wenn nötig zu besprechen (meist in der Bring- oder Abholsituation, so genannte Tür-und-Angel-Gespräche). Eine Problematik, die von pädagogischen Fachkräften geschildert wird, besteht in der Erwartungshaltung einiger Eltern: Durch den Besuch einer integrativen Gruppe haben viele Eltern die Hoffnung, dass die Behinderung ihres Kindes „geheilt“ wird. Es ist daher notwendig, den Eltern eine realistische Einschätzung ihres Kindes zu ermöglichen. Zu diesem Zweck eignen sich Bildungs- und Entwicklungsdokumentationen, wie individuelle Förderpläne oder Bildungs- und Lerngeschichten (siehe Kapitel Heilpädagogische Arbeit).

Die Tatsache, dass für das Kind mit Behinderung ein Förderplan erstellt und mit den Eltern besprochen wird, schafft auch eine besondere Rolle für die Eltern. Sie haben häufiger

Elterngespräche als andere Eltern. Für diese ist es dann nicht immer nachvollziehbar, dass für Familien mit einem Kind mit Behinderung ein größerer Bedarf besteht. Ziel ist es, trotz dieser Sonderrolle Normalität in der Einrichtung herzustellen. Wichtig ist die regelmäßige Überprüfung der formulierten Ziele im Sinne der Anpassung der Ziele an die Bedürfnisse der Familie und die Voraussetzungen des Kindes. Die Zufriedenheit von Eltern in einer integrativen Einrichtung ist auch stark davon abhängig, wie sich die Beziehung zu anderen Eltern gestaltet. Die Einrichtung stellt eine gute Möglichkeit dar, Kontakte, Gespräche und Erfahrungen unter den Eltern zu vertiefen, zum Beispiel zu den Bring- und Abholzeiten.

Eltern haben einen hohen Anspruch an die Professionalität der pädagogischen Fachkräfte in integrativen Einrichtungen:

*„Die Erwartung war ganz klar – und das war auch die Hauptmotivation, weshalb er dahin sollte – dass er dadurch in seiner Entwicklung gefördert wird, weil wir das tatsächlich als eine Art Frühförderung ansehen. Erst mal weil er da betreut wird, mit einer Heilpädagogin, die auch sehr viel Erfahrung hat und ihn persönlich im Blick hat. Und dann natürlich die Tatsache, dass er da in einer Gruppe ist, wo er mit Kindern zusammenkommt, dass er sich da Sachen abguckt, dass er da ganz tolle Spielmöglichkeiten hat, die wir ihm zu Hause zwangsläufig nicht bieten können. (...) Das waren die Erwartungen, letztendlich nur positive... Befürchtungen? Ja also, eigentlich gar keine. Letztendlich nichts anderes, was andere Mütter oder Eltern nicht auch haben. Dass er da nicht klarkommt, dass ihm das zu viel ist, weil er ja wirklich noch sehr klein war und noch nicht viel konnte.“ (Mutter)*

Eltern, die ihr Kind mit Behinderung in einer integrativen Einrichtung unterbringen konnten, berichten von einem positiven Einfluss auf das Familienleben, das eine große Entlastung erfährt. Zu den Faktoren zählt neben der Berufstätigkeit, die wieder ausgeübt werden kann, insbesondere auch der Kontakt zu Familien aus der Kindertageseinrichtung, die einen vorurteilsfreien Umgang mit ihnen pflegen.

Eine kontinuierliche und tragfähige pädagogische Arbeit in Kindergarten und Schule stellt die Basis für die soziale Teilhabe der Familie dar. Der Erfolg von individueller Unterstützung und Förderung eines Kindes ist letztlich also nicht nur von der Verbesserung funktioneller Fähigkeiten, sondern vor allem auch von den Verständigungsprozessen zwischen Therapeut, pädagogischer Fachkraft, Lehrkraft und Familie abhängig. Kindertageseinrichtungen und Schulen können demnach nur zu einem wertvollen Schutzfaktor für die Entwicklung von Kindern werden, wenn die Eltern als Experten für ihr Kind in die pädagogische Arbeit miteinbezogen werden.

In der heilpädagogischen Arbeit spielen Verfahren zur Begleitung von Entwicklungs- und Förderprozessen eine große Rolle. In den Individuellen Entwicklungsplänen (IEP) sollen Ziele formuliert werden, die innerhalb einer bestimmten Zeit beim Kind erreicht werden

sollen. Eng verbunden damit ist eine Analyse der kindlichen Voraussetzungen unter Einbeziehung seiner Umwelt. Dabei sollten vorschnelle Zuschreibungen aufgrund eines bestimmten Merkmals oder Defizits vermieden und das Kind mit seinen individuellen Voraussetzungen in den Fokus genommen werden. Ein individueller Entwicklungsplan kann dabei einen Rahmen vorgeben, der die Planung und Fortschreibung von Bildungszielen strukturiert. Dies kann auch für die wichtige Phase der Aufnahme eines Kindes mit Behinderung genutzt werden.

Dabei kommt es in den Aufnahmegesprächen vor allem darauf an, wichtige Informationen zu sammeln und dabei in den engen Austausch mit der Familie zu treten. Bei der Informationssammlung sollte sich die pädagogische Fachkraft von bereits verfassten Entwicklungsberichten nicht in der Art beeinflussen lassen, dass die eigene Perspektive auf das Kind eingeengt wird. Im folgenden Beispiel wird diese Gefahr deutlich gemacht, allerdings ist eine fachliche Vorbereitung wichtig, um Unsicherheiten im Umgang mit dem Kind zu vermeiden. Kompetenten Fachkräften wird es dabei sicherlich gelingen, die Darstellungen aus Berichten von der eigenen Perspektive auf das Kind abzugrenzen.

*„Also mir ist eigentlich erst mal wichtig, dass ich gar nicht soviel an Informationen über die Kinder lese. Natürlich muss ich wissen, ob ich bei dem Kind etwas Besonderes beachten muss. Im letzten Jahr haben wir ein Kind mit epileptischen Anfällen aufgenommen. Sicherlich muss ich wissen, was ich bei einem Anfall zu tun habe und welche Medikamente ich im Notfall gebe. Aber wenn wir das Kind kennen lernen, versuchen wir eigentlich, es wirklich kennen zu lernen. So wie man ein Kind oder einen Menschen trifft, den man noch nicht kennt. Sich irgendwie einander vorzustellen und sich zu zeigen, um dem Kind näher zu kommen. Dann zu beobachten, was es braucht und was es besonders interessiert. Welche Menschen hier könnten für ihn wichtig sein? Viele Informationen über Diagnosen sind da oft nicht hilfreich, um dem Kind wirklich zu begegnen, finde ich. Zumal, wenn wir zwei bis drei Jahre Zeit haben, dann nehmen wir uns lieber die Zeit, um uns ein eigenes Bild zu machen.“*  
(Heilpädagogin)

*„Also, wenn wir wissen, dass zum Beispiel ein Kind mit einem bestimmten Behinderungsbild kommt, dann ist das schon was, worüber ich mich vorher informiere. Im Internet recherchieren, in Büchern nachschlagen oder einen Artikel heraussuchen, sodass man mal eine Idee bekommt. Aber ansonsten ist eigentlich dieser Moment, in dem man zusammentrifft, der wichtigste Punkt. Wo es ein bisschen anders ist, wo wir immer ein bisschen mehr investieren, das ist bei den Eltern von Kindern mit Behinderung. Da muss es schon deutlich sein, dass sie einen verlässlichen Ansprechpartner haben, eben eine von uns*

*beiden Heilpädagoginnen. Und da sind wir ziemlich häufig im Gespräch und reden über unsere gemeinsamen Ziele.“ (Heilpädagogin)*

Gegenüber Kostenträgern dient der Bericht der heilpädagogischen Fachkraft als Grundlage für die Zuweisung von Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel den heilpädagogischen Stunden in der Krippe oder dem Kindergarten, die dem Kind aufgrund seiner Beeinträchtigung gewährt werden. Der Stundensatz berechnet sich also am Unterstützungsbedarf des Kindes, der von der heilpädagogischen Fachkraft dokumentiert werden muss.

Während sich in den letzten Jahren das Umdenken in der pädagogischen Diagnostik und Förderung weg von einer defizitorientierten Sicht hin zu einer Berücksichtigung der Stärken eines Kindes durchgesetzt hat, führt dies im Rahmen von Kostenzuweisungen aber zu einem Dilemma. Ein Entwicklungsplan muss demnach deutlich auf die Defizite eines Kindes verweisen, damit der Kostenträger die nötigen Unterstützungsmaßnahmen anerkennt. Dies ist weder fachlich vertretbar noch denkbar für ein inklusives Bildungssystem, welches auf Kategorisierungen und Unterscheidungen verzichtet.

In Gesprächen mit den am Projekt beteiligten Einrichtungen wurde deutlich, dass aus dem dargestellten Dilemma heraus derzeit sowohl defizitorientierte Entwicklungsberichte für die Legitimation beim Kostenträger als auch interessen- und stärkenbasierte Bildungsdokumentationen für die Zusammenarbeit mit der Familie geschrieben werden. Unter der Zielperspektive der UN-Behindertenrechtskonvention besteht in diesem Zusammenhang jedoch noch deutlicher Handlungsbedarf in der Abstimmung von Leistungserbringern und Kostenträgern.

In integrativ arbeitenden Krippen, Kindergärten und Horten geht das Selbstverständnis der heilpädagogischen Fachkräfte weg von einer kindzentrierten Förderung in dafür vorgesehenen Extraräumen hin zu einer Unterstützung des Kindes in seinem Alltag. Aufgabe der Heilpädagogin ist es dabei, den Rahmen und die Bedingungen für eine geeignete Lernumgebung zu schaffen. Im gemeinsamen Spiel begleiten und unterstützen die heilpädagogischen Fachkräfte alle Kinder. Sie vermitteln, moderieren und initiieren Situationen, in denen Kinder miteinander spielen. Ein gutes Beispiel bietet die Aussage einer Heilpädagogin, in der sie die Bedeutung des gemeinsamen Spielens schildert.

*„Ich glaube schon auch, dass wir relativ aufmerksam gucken und inzwischen auch einen Blick dafür haben, welches Kind was gut gebrauchen kann. Das ist sicherlich auch eine Aufgabe der Heilpädagogen, aber letztendlich tun müssen es die Kinder ja immer selber. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass die Kinder gerade das, was für sie gerade ansteht, dann auch in der Gruppe üben. Zum Beispiel haben wir häufig die Situation, dass die Kinder*

*eben noch in der Grobmotorik so aktiv sind und sich ganz selten nur auf feinmotorische Angebote einlassen. Und ich finde es auch gut, wenn man dem auch erst mal lange nachgibt. Wenn man dann genauer guckt, stellt man auch fest, dass da auch noch soviel Potenzial ist. Dann kann zu einem späteren Zeitpunkt der nächste Entwicklungsschritt auch erfolgen, – wenn er an der Reihe ist. Also ich würde mir wünschen, da wäre einfach ein bisschen mehr Ruhe drin. Ein bisschen mehr das Gefühl, dass das Kind jetzt erst mal eine Weile so weitermachen kann, und wir beobachten und dokumentieren einfach. Wobei wir auch nicht alle Angebote freiwillig anbieten. Wir haben auch immer Ziele, wo wir sagen, dass wir daran arbeiten wollen. Wir versuchen dann beim Kind herauszubekommen, in welchem Rahmen es eine Unterstützung zulässt. Vielleicht möchte es Dinge auch lieber alleine ausprobieren, während die anderen Kinder nicht gucken, oder es möchte gerade lieber von einer Freundin unterstützt werden. Ja aber letztendlich wissen die Kinder oft so genau, was sie brauchen, das finde ich einfach gigantisch.“ (Heilpädagogin)*

### **Beschreibung der Erfolgsfaktoren im Projekt**

Besonders der Austausch zwischen den Wissenschaftler/innen und den Fachkräften fiel auf fruchtbaren Boden und soll durch Informationsaustausch zum Beispiel über Vorträge und engere Zusammenarbeit etwa in der Betreuung von Studierenden im Praktikum verstärkt werden. Für die Fachkräfte boten die wissenschaftlichen Erkenntnisse einen besonders guten Rückhalt; sie wurden in ihrer Wahrnehmung und Haltung zur Integration bestätigt. Sie konnten die Erfahrung machen, dass – anders als in Verwaltung und Politik – Integration und der Inklusionsansatz in der Forschung längst zu einem anerkannten und selbstverständlichen Bestandteil heutiger Pädagogik geworden ist. Umgekehrt wurde den Wissenschaftlern ein intensiver Einblick in die Alltagskultur von integrativen Kindertageseinrichtungen gewährt, der einerseits zu zahlreichen neuen Erkenntnissen führte, andererseits aber auch für eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Chancen des gemeinsamen Aufwachsens von Kindern mit und ohne Behinderung genutzt werden konnte.

Insgesamt haben wir im Verlauf des Projektes den Eindruck gewonnen, dass es eine positive Veränderung hinsichtlich der Offenheit gegenüber dem gesamten Thema Inklusion gibt. Die gesellschaftliche Thematisierung und die pädagogische und politische Arbeit von Integrationseinrichtungen und Selbsthilfevereinen in Hannover scheinen sogar dazu zu führen, dass Eltern selbstbewusster integrative Plätze einfordern und auch Verwaltung und Politik sich immer mehr diesem Thema öffnen. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor war sicherlich die Kooperation der Projektpartner und die Rolle der Landesarbeitsgemeinschaft

Elterninitiativen als Türöffner in den Einrichtungen. Auch der regelmäßige Kontakt zwischen Projektleitung, Fachkräften und Eltern trug zur Transparenz und Vertrauensbildung bei. Vorurteile und Hürden zwischen Vertretern aus Theorie und Praxis konnten zugunsten einer Kooperation auf Augenhöhe überwunden werden.

### **3. Ausblick**

#### **a. Nachhaltigkeit**

Im Transferprojekt sollten die Strukturen professionellen Handelns systematisch und methodisch erfasst werden, um Erkenntnisse über diese pädagogische Praxis zu gewinnen. Das Projekt war dabei angesiedelt an einer Schnittstelle zwischen Wissenschafts- und Praxissystem, mit dem Ziel, sich gegenseitig anzuregen, Anschlüsse zu finden und sowohl für die Praxis als auch für die Wissenschaft wichtige Ergebnisse formulieren zu können. Das Transferprojekt sollte die Grundlage bieten, um Einblicke in dieses frühpädagogische Praxisfeld zu gewinnen, Empfehlungen für die Politik zu geben, Fragen für weitergehende Grundlagenforschung zu sammeln und die (sonder-) pädagogische Ausbildung auf der Grundlage empirischer Daten weiterzuentwickeln. Im Sinne der Nachhaltigkeit bestand die Zielsetzung einer zum Abschluss des Projekts veröffentlichten Broschüre (siehe Anhang) daher darin, die von uns identifizierten wichtigsten Themenfelder des Projektes anhand von Zitatausschnitten aus unseren Interviews anschaulich darzustellen. Die Broschüre soll sowohl in den Einrichtungen – zum Beispiel als Arbeitshilfe für die konzeptionelle Weiterentwicklung – genutzt werden können als auch gleichzeitig der wissenschaftlichen Forschung den Blick für die Praxis und für praxisrelevante Forschungsfragen eröffnen. Die Ergebnisse unserer Analysen wurden bei einer Fachtagung im Februar 2011 der Fachöffentlichkeit in Hannover vorgestellt. Wir erhoffen uns, eine Diskussion zu den Potenzialen der Inklusion und zu den Möglichkeiten, die bisherigen Hindernisse aus dem Weg zu räumen, anregen zu können.

Da aus den befragten Einrichtungen der Wunsch entstand, die während der Projektlaufzeit entstandenen Fachzirkel weiterhin aufrecht zu erhalten, werden derzeit Möglichkeiten an der Hochschule geschaffen, wie dies nachhaltig umsetzbar ist. Der weitere Erfahrungsaustausch und das gemeinsame Arbeiten an fachspezifischen Inhalten von Eltern, Therapeuten, frühpädagogischen Fachkräften und Heilpädagogen sind im Sinne der nachhaltigen Sicherung der Projektergebnisse von zentraler Bedeutung.

Die lagE e.V. vernetzt niedersachsenweit ca. 550 Tageseinrichtungen für Kinder und informiert diese regelmäßig in Newslettern und einer eigenen Fachzeitschrift. Zwei- bis dreimal im Jahr treffen sich die Mitglieder der lagE zu gemeinsamen, landesweiten Fachtreffen.

Die Beratungs- und Kontaktstelle „Kinderladen-Initiative Hannover e.V.“ vertritt und berät ca. 180 Tageseinrichtungen für Kinder in der Stadt und Region Hannover. Die Ergebnisse des Projekts gehen in die Beratungstätigkeit der Kinderladen-Initiative Hannover e.V. ein.

Über das landesweite Netzwerk der Kontakt- und Beratungsstellen der lagE e.V. und den regelmäßigen überörtlichen Fachaustausch werden die Ergebnisse des Projektes verbreitet und diskutiert und gehen nachhaltig in die regionale Fachplanung für integrative Tageseinrichtungen für Kinder im Trägerbereich der Elterninitiativen ein. Als dachverbandliche Vertretung des Elterninitiativ-Bereichs wird über die Geschäftsstelle (über die beiden lagE-Projektleiterinnen) die Thematik der Integration behinderter und nicht behinderter Kinder in der überörtlichen Jugendhilfeplanung des Landes weiter vertreten werden.

### **b. Transfermöglichkeiten**

Derzeit wird die aktuelle bildungspolitische Diskussion stark davon bestimmt, wie das in der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Recht auf eine inklusive Bildung realisiert werden kann. Mit der Realisierung der UN-Konvention in Bildungsinstitutionen ist die Hoffnung verbunden, dass der im englischen Originaltext verwendete Begriff der „inclusive education“ weit mehr Dynamik entwickelt, als dies in der derzeitigen Integrationspraxis erkennbar wird. Neben den Veränderungen hin zu inklusiven Kindertageseinrichtungen und Schulen sollen auch Prozesse auf der gesellschaftlichen Ebene angestoßen werden.

Der Verbund zwischen den Kooperationspartnern gewährleistet den Transfer in die frühpädagogischen Einrichtungen und die Elternbildung. Die Ergebnisse wurden dokumentiert, publiziert und im Rahmen einer Abschlusstagung an der Leibniz Universität Hannover präsentiert und in Vorträgen und Workshops vertieft. Die Beratungstätigkeit von frühpädagogischen Einrichtungen durch die Projektpartner (z.B. bei der Planung einer integrativen Einrichtung, bei der Entwicklung des pädagogischen Konzeptes oder bei einer weiterführenden, wissenschaftlichen Begleitung), erhielt durch die Ergebnisse des geplanten Projektes eine theoretische Basis. Auf dieser Grundlage wurde die erfolgreiche Arbeit der integrativen Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen dokumentiert, die die Einschätzung der pädagogischen Fachkräfte, der Eltern und der institutionellen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Damit wurde eine wichtige Orientierungshilfe für Einrichtungen, die sich gegenüber Kindern mit Behinderung öffnen, geschaffen.

Der Transfer der Projektergebnisse findet somit bereits an vielen Stellen statt, z.B. durch die Vortragstätigkeit der Projektbeteiligten, Artikelveröffentlichungen und Buchpublikationen (siehe Anhang). Der Transfer unserer Ergebnisse in das Land Niedersachsen ist aber letztlich auch davon abhängig, inwiefern sich die Gesetzgebung auf Landesebene zugunsten

des gemeinsamen Aufwachsens von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertageseinrichtungen verändert.

#### **4. Anhang**

##### **Kontaktadressen**

Jun. Prof. Dr. Timm Albers

Dipl. Heilpäd. Svenja Bruck

Abteilung Allgemeine und Integrative Behindertenpädagogik

Institut für Sonderpädagogik, Philosophische Fakultät, Leibniz Universität Hannover

Schloßwender Str.1, 30159 Hannover

Dipl. Soziologin Heide Tremel

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin Stefanie Lüpke

Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Nds./HB e.V.

Maschstr. 30, 30169 Hannover

[info@elterninitiativen-nds-hb.de](mailto:info@elterninitiativen-nds-hb.de)

Renate Ernst

vnb e.V.

Ilse-ter-Meer-Weg 6

30449 Hannover

##### **Links zu weiterführenden Informationen**

- Verein für die Integration von Menschen mit Behinderungen, Mittendrin Hannover e.V. bietet Beratung, Vernetzung und Information für Eltern, Fachkräfte und alle anderen Interessierten  
[www.mittendrin-hannover.de](http://www.mittendrin-hannover.de)
- Kinderladen-Initiative Hannover e.V. berät und vernetzt hannoversche Elterninitiativ-Kindertagesstätten  
[www.kila-ini.de](http://www.kila-ini.de)
- Förderverein Eine Schule für alle! in Hannover engagiert sich für die Gründung der 1. Inklusiven Schule Hannovers  
[www.eineschulefueralle-hannover.de](http://www.eineschulefueralle-hannover.de)
- Stadt Hannover, Amt für Jugend und Familie, Beratung und Flyer zu integrativen und heilpädagogischen Kindertagesstätten in Hannover

www.hannover.de

- Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen/Bremen e.V. (IaGE e.V.) setzt sich auf Landesebene für integrative Kindertagesstätten ein  
www.elterninitiativen-nds-hb.de
- Auf den Seiten des Niedersächsisches Kultusministerium finden sich Informationen für den frühkindlichen und schulischen Bildungsbereich sowie zu Modellprojekten, gesetzlichen Rahmenbedingungen und Fortbildungsangeboten  
www.mk.niedersachsen.de (> Kindertagesstätten)
- Über das Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration erhält man das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und Informationen über die Arbeit des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung  
www.ms.niedersachsen.de
- Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, UN- Konventionen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, der Gesetzentwurf der Bundesregierung und weiteren Informationen  
www.alle-inklusive.behindertenbeauftragte.de
- Deutsches Institut für Menschenrechte, dieses Institut wurde von Bundesrat und Bundestag beauftragt, die Einhaltung und Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung nach der UN- Konvention zu begleiten.  
www.institut-fuer-menschenrechte.de

## **Publikationen**

- Albers, Timm (2012). Kinder mit Behinderung in Krippe und Kita. In: nifbe (Hrsg.). Gemeinsam von Anfang an – Inklusion in Krippe und KiTa. Freiburg: Herder (in Vorbereitung)
- Albers, Timm (2011). Mittendrin statt nur dabei. Inklusion in Krippe und Kindergarten. München, Basel: Reinhardt. [Informationen auf der Homepage des Reinhardt Verlags](#)
- Albers, Timm (2011). Integration in Elterninitiativen. In: Spuren 4 (2011) (in Vorbereitung)
- Albers, Timm (2011). Von der Frühförderung lernen. Inklusion in Krippe und Kindergarten. In: Gebhard, B., Hennig, B. & Leyendecker, C. (Hrsg.): Spannungsfeld Frühförderung: exklusiv, kooperativ, inklusiv. Stuttgart: Kohlhammer (in Vorbereitung)

- Albers, Timm (2011): Frühstart erwünscht. Inklusion in Kindertageseinrichtungen. In: Fiduz. Infoblatt der medizinischen Abteilung der Arbeitsstelle Frühförderung Bayern (im Druck)
- Albers, Timm (2011). Inklusion im Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. In: Niedersächsisches Kultusministerium (Hrsg.). Brückenjahrdner. Im Internet unter:  
[http://www.mk.niedersachsen.de/live/live.php?navigation\\_id=2017&article\\_id=6365&psmand=8](http://www.mk.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=2017&article_id=6365&psmand=8) (Artikel zum Download)
- Albers, Timm (2011). Frühe Bildung - Frühe Hilfen. Familienorientierung in der Frühpädagogik. In: Gemeinsam leben - Zeitschrift für Inklusion 1, 21-26
- Albers, Timm (2010). Inklusion. In: Gaedtker-Eckardt, Dagmar Beatrice (2010). Fördern durch Sachunterricht. Didaktik stimulierender Lernsituationen. Stuttgart: Kohlhammer, 264-268
- Albers, Timm (2010). Inklusion in der frühen Kindertagesbetreuung - Anforderungen an eine inklusive Frühpädagogik. In: Frühe Kindheit 2, 24-28
- Albers, Timm (2010). Stichwort: Inklusion. Konsequenzen der Behindertenrechtskonvention für die Weiterentwicklung von Förderschulen. In: Fördermagazin 1, 32

### **Vorträge**

- Der Unterschied zwischen Integration und Inklusion – Konsequenzen für Krippen und Kindergärten. Vortrag auf der Fachtagung Inklusion des Kitawerks Lübeck (in Vorbereitung)
- Integration in Kitas, Bedingungen- Möglichkeiten- Grenzen und Bedeutung der heilpädagogischen Förderungsmöglichkeiten. Impulsreferat und Podiumsdiskussion auf dem Fachtag Integration in Kitas. Bad Kreuznach
- Inklusion – Fachvortrag auf der Tagung "Inklusion im Kita-Bereich – Ängste, Mythen, Lösungen". Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V., Mainz
- Inklusion in der Frühpädagogik / Übergang von der Elementar- zur Primarstufe. Vortrag auf der Fachtagung Inklusion in der Region. Langenhagen (in Vorbereitung)
- Inklusion im Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Vortrag auf dem Kongress Brückenjahr. Niedersächsisches Kultusministerium Hannover (in Vorbereitung)
- Integration? Inklusion? Unter Drei? Hauptvortrag auf dem Bundeskongress des "Netzwerk Fortbildung: Kinder unter drei". Mainz
- Inklusion von Anfang an – Professionalität in Krippe und Kindergarten. Vortrag auf dem 16. Symposium Frühförderung – Humboldt Universität zu Berlin

- Kitas als Türöffner. Präsentation der Ergebnisse des Transferprojekts. Fachvortrag auf der Tagung “Kitas als Türöffner. Integrative Kindertagesstätten als Schlüssel zur gleichberechtigten Teilhabe”. Leibniz Universität Hannover
- Wer hat den Schlüssel geklaut? Widerstände auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft überwinden. Teilnahme an der Podiumsdiskussion der Tagung “Kitas als Türöffner. Integrative Kindertagesstätten als Schlüssel zur gleichberechtigten Teilhabe”. Leibniz Universität Hannover
- Auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem im kommunalen Raum – Was muss Politik jetzt tun? Eröffnungsvortrag der Tagung: Gestalten bei knappen Ressourcen – Fachveranstaltung für Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten. Schwerpunktthema: Inklusive Erziehung und Bildung im kommunalen Raum. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. Berlin
- Kinder mit Behinderung in der Krippe. Fachvortrag auf der Bundestagung “U 3 – Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung unter drei Jahren”. Deutscher Caritasverband. Berlin
- Integration vs. Inklusion in der Krippe. Hauptvortrag auf dem Fachtag “Integration in der Krippe” der ev. Familienbildungsstätte Wolfsburg
- Inklusive Bildung in Krippen und Kindergärten. Workshop auf dem Fachtag “Integration in der Krippe” der ev. Familienbildungsstätte Wolfsburg
- Der Unterschied zwischen Integration und Inklusion und die Konsequenzen für Krippe und Tagesbetreuung. Leitung eines Fachforums auf der Tagung “Inklusion mit dem Schwerpunkt der Integration von Kindern unter 3 mit Behinderung in Krippen” des Niedersächsischen Kultusministeriums. Lüneburg
- Kinder mit besonderem Förderbedarf im Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Impulsreferat und Workshop auf der 7. Arbeitstagung “Modellprojekt Brückenjahr”. Niedersächsisches Kultusministerium Hannover
- Inklusion im Elementarbereich. Gemeinsame Anhörung des Jugendhilfeausschusses zusammen mit den Mitgliedern des Migrations- und Schulausschusses. Hannover
- Inklusion in Krippen und Kindergarten. Workshop auf der Fachtagung “Professionalisierung” des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Erziehung (nifbe). Emden
- Inklusion. Welchen Beitrag müssen Träger leisten? Workshop auf der Fachtagung “Professionalisierung” des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Erziehung (nifbe). Emden
- Inklusion – Umsetzungskonzepte im Kita-Bereich. Fachvortrag auf der Fachtagung zur inklusiven Bildung in Kitas und Schulen. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. Berlin

- “Von der Ausländerpädagogik zu einer inklusiven Frühpädagogik”. Moderation des Fachforums der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (Wiff), Deutsches Jugendinstitut (DJI); Moderation der Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Isabell Diehm (Universität Bielefeld), Dr. Safiye Yildiz (Stiftung Universität Hildesheim) und Petra Wagner (Projekt Kinderwelten). München
- Inklusion von Anfang an – Sonderpädagogische Professionalität in Krippe und Kindergarten. Sonderpädagogischer Kongress des vds „Inklusion braucht Professionalität“. Weimar
- Was ist Inklusion? Was bedeutet die UN-Konvention für die sonderpädagogische Förderung? Fachvortrag und Podiumsdiskussion “„auf dem Weg zur inklusiven Schule – Die Bedeutung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen für die sonderpädagogische Förderung in der Region Celle” – Gemeinsam leben, gemeinsam lernen Celle
- Inklusion – Konsequenzen der UN-Behindertenrechtskonvention für eine inklusive Frühpädagogik. Fachtagung der Alice Salomon Hochschule in Zusammenarbeit mit der Robert-Bosch-Stiftung: „Profis für Krippen“ – Nationale und internationale Perspektiven der Ausbildung von Fachkräften für die Arbeit mit Kindern von null bis drei Jahren. Berlin
- Integration von Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren in einer Krippengruppe. Fachvortrag. Fachtagung des Fachbereichs Tageseinrichtungen für Kinder, Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V. Lingen / Ems
- Integration in Elterninitiativen. Fachvortrag auf der Tagung Bildung und individuelle Förderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Fostering Individualized Student Learning. Centrum für Bildungs- und Unterrichtsforschung. Universität Hildesheim